



Beschluss des Stadtrates

Sitzung vom 19. Juni 2026

SRB.2026.497

Auftrag SP-Fraktion, SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, GLP-Fraktion, Fraktion Freie Liste & Grüne und Mitunterzeichnende betreffend Ersatz der oberen Sektion Brambrüeschbahn; Antrag auf Fristverlängerung

Mit Eingabe vom 9. April 2026 wurde dem Stadtrat ein Auftrag betreffend den Ersatz der oberen Sektion der Brambrüeschbahn überwiesen. Hintergrund bildet die negative Volksabstimmung zur Finanzierung des Rahmenkredits der Brambrüeschbahn.

Gemäss Art. 60 Abs. 1 Geschäftsordnung für den Gemeinderat (RB 121) muss ein Auftrag spätestens innert 3 Monaten vor den Gemeinderat gebracht werden. Kann der Stadtrat eine Frist gemäss Art. 60 aus wichtigen Gründen nicht einhalten, kann der Gemeinderat diese angemessen erstrecken.

Die Bearbeitung der Vorlage erfordert eine vertiefte Abstimmung mit der BCD AG sowie mit den Bereichen Immobilien und Stadtentwicklung. Zudem sind weitere Abklärungen, Evaluationen und die Prüfung des weiteren Vorgehens notwendig. Diese Arbeiten können innerhalb der ordentlichen Frist nicht seriös abgeschlossen werden.

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat daher, die Frist zur Behandlung des Auftrags bis März 2027 zu erstrecken.

Beschluss

1. Dem Gemeinderat wird beantragt, die Frist zur Einreichung der Botschaft zum Auftrag SP-Fraktion, SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, GLP-Fraktion, Fraktion Freie Liste & Grüne und Mitunterzeichnende betreffend Ersatz der oberen Sektion Brambrüeschbahn bis Dezember 2026 zu erstrecken.
2. Mitteilung an
Gemeinderat
Departement Finanzen Wirtschaft Sicherheit (FWSS)
Finanzkontrolle (FIKOA)
Finanzen und Steuern (FISTF)

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Hans Martin Meuli

Der Stadtschreiber

Marco Michel

